



Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

wir wenden uns heute direkt an Euch: wütend, verärgert und in großer Sorge. Wir erleben in den letzten Monaten politische Weichenstellungen und Entwicklungen, die in der Nachkriegsgeschichte dieser Republik einzigartig sind: Im Verbund mit den Arbeitgeberbänden weitet die Bundesregierung die Angriffe auf die sozialen Sicherungssysteme und die Arbeitnehmerschutzrechte drastisch aus:

- **Eintrittsgeld beim Arzt**
- **Streichung des Krankengeldes**
- **Absenkung des Arbeitslosengeldes für Langzeitarbeitslose auf das Niveau der Sozialhilfe**
- **Arbeitslosengeld auf 12 bzw. 18 Monate gekürzt**
- **Schleifung des Kündigungsschutzes**
- **Öffnungsklauseln in Tarifverträgen**
- **Kürzung der Ausbildungsvergütungen um 20 Prozent**
- **Weitere Zuzahlung bei Arztkosten**
- **Geringere Rentenerhöhungen**
- **Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre**

Dabei bricht die Bundesregierung ihre Wahlversprechen an die Kernschichten ihrer (ehemaligen) Wählerschaft. Zwar zeigen die Analysen der letzten Landtagswahlen, dass diese Stammwählerschichten nicht mehr zur Wahl oder von der Fahne gegangen sind, weil sie von der unsozialen Regierungspolitik tief enttäuscht sind. Die Konsequenz von SPD und Grünen aus diesen Wahlniederlagen ist, dass die Demontage der sozialen Sicherungssysteme in einer faktischen großen Koalition vorangetrieben werden. Ihre Konsequenz aus dem offensichtlichen Scheitern neoliberaler Konzepte gegen die Krise heißt: Mehr von diesen Konzepten!

Parallel dazu attackieren und denunzieren Unternehmer und CDU/CSU/FDP uns Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter mit einer bisher nie gekannten Schärfe und Infamie. Schon 1993, nach dem Zusammenbruch der DDR und der Sowjetunion hatte der Geschäftsführer des Instituts der deutschen Wirtschaft, Rolf Krockner, erklärt: *"Man kann die IG Metall nicht so ohne weiteres zerschlagen, obwohl das sicher vieles erleichtern würde"*. Seither ist aus diesem Stoßseufzer eine gefährliche Kampagne geworden. Zu zahlreich sind die gewerkschaftsfeindlichen Ausfälle, als dass man sie als Entgleisung von politischen Randfiguren abtun könnte. Westerwelle nennt uns eine *"Plage"*, Kauter beschimpft uns als *"Gewerkschaftssäcke"*, Merz empfiehlt: *"Man darf die Frösche nicht fragen, wenn man den Sumpf trocken legen will"*, Teile der Medien diffamieren uns als *"Die Blockierer der Nation"* und schlussendlich drohen BDI u. BDA ganz unverblümt: *"Die Macht der Gewerkschaften muss beschnitten werden"*.

Es wird in dieser Kampagne in einer in der Bundesrepublik bisher unbekanntem Deutlichkeit ausgesprochen, was wir alle wissen: Unsere Gewerkschaften sind immer noch ein Damm gegen die geplanten Übergriffe des Kapitals und damit ein Machtfaktor. Deshalb soll uns eine deutliche Niederlage beigebracht und unsere Abwehrmacht gebrochen werden.

Unsere Organisationen sind mittlerweile die einzigen im Land, die der konzertierten Vernebelungstaktik von Unternehmern, Regierung, Parteien und Medien argumentativ Paroli bieten und Widerstand entwickeln können. Klaus Zwickel, der IG Metall Vorsitzende, erklärte, dass die Streichung des Krankengeldes und die geplanten Einschnitte beim Arbeitslosengeld und der Arbeitslosenhilfe nicht zu mehr Wachstum und Beschäftigung führen würden: "Wirtschaftswachstum entsteht nicht durch den einseitigen Griff in die Taschen der Arbeitnehmer." Solch eine Politik entziehe vielmehr der Binnennachfrage weitere Milliarden.

Wir treten den Hohepriestern des Neoliberalismus, den sogenannten 5 Weisen entgegen: Sie predigen nun schon seit Jahrzehnten ihre immer gleichen Dogmen: Lohnverzicht, Sozialabbau, Steuersenkungen für Unternehmen führten angeblich zu mehr Arbeitsplätzen. Wir wissen: Das Gegenteil ist eingetreten. Der Reallohn, die Renten, das Arbeitslosengeld ist uns gekürzt worden. Und dabei ist die Zahl der Erwerbslosen von Jahr zu Jahr gestiegen, die Zahl der fehlenden Ausbildungsplätze liegt heute bei 140.000. Die Kommunen wurden immer ärmer.

Dafür wurden die Reichen immer reicher, die Manager genehmigten sich immer höhere Einkommen, ihre Abfindungen dringen in die schwindelnden Höhen von 60 Millionen Euro vor. Den 300.000 Kapitaleignern winken neue Erleichterungen, den 41 Millionen Lohnabhängigen drohen dagegen umfangreiche Belastungen.

Geld ist genug da - es ist nur falsch verteilt! Deshalb fordern wir

- **die Wiedereinführung der Vermögenssteuer,**
- **die Besteuerung von Konzernen wie Daimler Chrysler,**
- **eine Devisentransaktionsteuer.**

Während überall gekürzt und geschnitten wird, ist für den Verteidigungsetat immer noch genug Geld da. Dort wird nicht gespart. Und das bei ständig sinkenden Zahlen von Soldaten, Soldatinnen und Zivilbeschäftigten der Bundeswehr.

Wenn wir uns jetzt nicht bewegen - wann dann? Wir fordern euch auf: Kommt am

21. Mai um 16:30 Uhr auf den Cannstatter Marktplatz Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit!

Machen wir die **Kundgebung der Gewerkschaften** zu einem unüberhörbaren und unübersehbaren Signal unserer Wut und Empörung - zu einem **Auftakt einer Kampagne** für eine Welt, in der Menschen vor Profit gehen. Lassen wir den Cannstatter Marktplatz von Menschen überlaufen. Bilden wir **Bündnisse des Widerstands** von unten!

Zukunftsforum und Soziales Netzwerk Stuttgart laden ein zum

Kongress "Umverteilen statt Sozialabbau - Gegenwehr organisieren" Samstag 17. Mai, DGB-Haus Stuttgart, 10:00 - 17:00

Referenten u.a.:

Frank Deppe, Michael Schlecht, Johannes Steffen

Mit kollegialen Grüßen vom Vorbereitungskreis:

Bernd Riexinger, Sibylle Stamm, Heidi Scharf, Theodor Bergmann, Anne Rieger, Klaus-Peter Löwen, Mathias Fritz, Thomas Adler, Gertrud Moll, Gottfried Schapeler, Christoph Ehrensperger, Heinz Hummler, Manfred Molz, Theo Völkl, Herbert Rehm, Michael Schlecht, Selahattin Sari, Brigitte Aigner, Sibylle Wacker, Ralph Netzker, Cuno Hägele, Christa Hourani